

Die Zukunft der Vergangenheit

KONSERVATIVER GESCHICHTSDISKURS
UND KULTURELLE HEGEMONIE*

Gerd Wiegel

»Man muß nicht germanophob sein, um sich verwundert zu fragen, was eigentlich so normal daran sei, daß eine Nation, die solches Grauen verursacht hat, sobald wieder dermaßen erstarrt ist.«

Moshe Zuckermann anlässlich der Walser-Bubis-Debatte¹

»Normalität«, so heißt wohl eines der am meisten gebrauchten Schlagworte nach der unerwarteten Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990, und verbunden mit diesem Begriff ist der Anspruch nach einer tiefgreifenden Veränderung im Selbstverständnis der Bundesrepublik. Aber auch denen, die dieser neuen »Normalität« das Wort reden, ist bewußt, daß sich etwas gegen diese »Normalität« sperrt, daß die einfache Behauptung von ihr, sie noch nicht zur akzeptierten Realität macht. So fragt Martin Walser in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1998: »Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft?«² Geschichte und Vergangenheit des Faschismus sind es, die sich gegen diese »Normalität« sperren, und die Auseinandersetzung um die Rolle und Bedeutung dieser Vergangenheit heute ist es, die den Kern der Debatte um die »Normalität« ausmacht.

Die Philologin Aleida Assmann untersucht in einer Arbeit zum Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945 die unterschiedlichen Bedeutungsebenen des Normalitätsbegriffs.³ Normalität verstanden als Gegensatz zu positiver wie negativer Besonderung verdeutlicht schon die inhaltliche Spannbreite, die der Wunsch nach Normalität enthalten kann. Bezogen auf die deutsche Geschichte und die Auseinandersetzung mit ihr nach 1945 werden diese verschiedenen Normalitätsinhalte deutlich: Normalität bedeutet hier zunächst den Abschied von der rassistisch begründeten Herausgehobenheit des deutschen Volkes, Normalität bedeutet weiter den Abschied von einem deutschen Sonderweg aber auch die Wiedererlangung staatlicher Souveränität, das Ende von Besatzung und politischer Beschränkung. Die Inhalte des Normalitätsbegriffs sind also wandelbar und haben sich im Laufe der Zeit verändert, jedoch besitzen sie, wie mir scheint, immer einen gemeinsamen Bezugspunkt: den deutschen Faschismus. Dieser wird nicht dem Normalitätsfeld zugeschlagen, sondern stellt gerade jene Besonderung dar, der man entkommen will. Das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik in all seinen Wandlungen stand und steht bis heute in einem engen Zusammenhang mit der faschistischen Vergangenheit. Wenn das Bedürfnis nach Normalität, nach dem Ende einer positiven wie negativen Besonderung ein zentrales Moment im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik ist, dann ist die NS-Vergangenheit der Punkt, an dem sich diese Normalität messen lassen muß. Werden Westbindung und Überwindung des deutschen Sonderwegs zum Inhalt dieser Normalität, dann läßt sich dies mit der Erfahrung des Faschismus und seiner historischen Herleitung begründen. Die kultur-

politische Durchsetzung und Absicherung der politischen Westbindung läßt sich auf die sechziger Jahre datieren und hängt mit dem politischen Aufbruch dieser Zeit zusammen. Die Auseinandersetzung mit und die Absetzung von der NS-Vergangenheit sind die logischen Folgen eines solchen Normalitätsverständnisses, und auch die wissenschaftlichen Fragestellungen an die Vergangenheit entspringen einem solchen Verständnis.

Wie bereits erwähnt ist dieses Normalitätsverständnis jedoch wandelbar und unterliegt den Verschiebungen im politischen Prozeß. Eine solche politische Veränderung im Vergleich zu den sechziger Jahren läßt sich am Ende der siebziger Jahre ausmachen: Allgemein wird in diesem Zusammenhang von einer »konservativen Tendenzwende« gesprochen, die sich politisch mit dem Wechsel von der sozialliberalen zur konservativ-liberalen Koalition (1982) manifestierte. Bezüglich des Normalitätsdiskurses läßt sich hier ebenfalls eine Verschiebung beobachten: Die Frage der Nation und der nationalen Identität rückte jetzt in den Mittelpunkt dieses Diskurses, der sich jedoch ebenfalls vor dem Hintergrund der faschistischen Vergangenheit bewähren mußte. Daß dieser Schritt, die Normalisierung der Renationalisierung bei gleichzeitiger Abgrenzung von der Vergangenheit, sehr viel schwerer zu vollziehen war, lag auf der Hand. Zu deutlich war der Begriff der Nation mit der Hypostasierung derselben durch die Nazis verbunden, zu stark auch das Negativbild dieser Vergangenheit. Die NS-Vergangenheit stand also diesem neuen Normalitätsdiskurs, der Renationalisierung, entgegen. Die Absicherung dieses Diskurses bedurfte auch des veränderten Blicks auf die NS-Vergangenheit.

Betrachtet man die letzten zwanzig Jahre der geschichtspolitischen⁴ Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, dann lassen sich verschiedene Etappen und Richtungen ausmachen, die sich sicherlich nicht unter einem politischen Etikett sammeln lassen. Noch problematischer wird diese politische Zuordnung, wenn man neben den öffentlichen Geschichtsdebatten auch die wissenschaftlichen Kontroversen der NS-Forschung berücksichtigen will. Dennoch ist es sowohl legitim als auch möglich, neben der inhaltlichen Analyse solcher Forschungen auch ihren politischen Standpunkt zu benennen. Besonders erhellend ist in diesem Zusammenhang die Verbindung zwischen öffentlichen Geschichtsdebatten und der wissenschaftlichen Forschung zum Thema. Wissenschaft findet nicht im luftleeren Raum statt, ist somit den politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen ausgesetzt, gerade wenn diese, wie in diesem Fall, das Thema der Wissenschaft, die nationalsozialistische Vergangenheit, berühren. Es ist also die Verbindung und Wechselwirkung von öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten, die Aufschluß über die Veränderungen in der Bedeutung der NS-Vergangenheit für die Bundesrepublik erbringt. Geschichtspolitische Debatten, wissenschaftliche wie öffentliche, werden dabei von mir als Kampffelder um kulturelle Hegemonie, um Deutungshoheit verstanden.⁵

Vor dem Hintergrund der sechziger und siebziger Jahre lassen sich die geschichtspolitischen Veränderungen seit den achtziger Jahren als konservative Vorstöße zur Erlangung einer »normalen« historisch fundierten nationalen Identität kennzeichnen. In dieser Beschreibung geht sicherlich nicht die gesamte Debatte seit dieser Zeit auf, sie bezeichnet jedoch einen wichtigen und aktiven Strang der Diskussion, mit dem ein neues Bild der NS-Vergangenheit etabliert werden sollte. Als Stichworte, auf die im folgenden eingegangen wird, seien der Historikerstreit und seine politische Begleitung aus den achtziger Jahren, die Wiederentdeckung der Nation nach der deutsch-deutschen Vereinigung und die mit den Begriffen Historisierung, Modernisierung und NS-Sozial-

politik vorgenommene Neubewertung des Nationalsozialismus genannt. Die sehr intensiven geschichtspolitischen Debatten der neunziger Jahre haben dann gezeigt, daß sich die konservativen Vorstöße nicht voll durchsetzen konnten, sich aber dennoch ein gravierender Bedeutungswandel der NS-Vergangenheit für die Gegenwart vollzogen hat. Diese Veränderung und die Gründe hierfür sollen am Schluß behandelt werden.

I. Im April 1986 beschreibt der konservative Historiker Michael Stürmer die Bundesrepublik als geschichtsloses Land, dessen Bewohner auf Orientierungs- und Identitätssuche seien. In einem geschichtslosen Land jedoch gewinne die Zukunft, »wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«⁶ Was wir bei Stürmer hier finden ist das Programm einer konservativen Umdeutung der jüngeren deutschen Vergangenheit.

Für die achtziger Jahre sind sicherlich die Stichworte Bitburg und Historikerstreit die zentralen Punkte der Untersuchung. Auf politischer Seite läßt sich der Versuch ausmachen, neues nationales Selbstbewußtsein zu dokumentieren und die Bedeutung der NS-Vergangenheit für die Gegenwart zu minimieren. Diese Politik läßt sich als Symbolpolitik bezeichnen, denn sie bezieht sich, sehr zum Leidwesen manch' konservativer Anhänger der damaligen konservativ-liberalen Regierung, vor allem auf den Bereich der politischen Symbolik. Für den geschichtspolitischen Diskurs am wichtigsten war hier sicherlich der gemeinsame Besuch von Bundeskanzler Kohl und dem US-amerikanischen Präsidenten Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg 1985, der Versöhnung (mit dem Westen) dokumentieren und einen symbolischen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen sollte.

Der ein Jahr später einsetzende Historikerstreit war dann der vorläufige Höhepunkt einer konservativ motivierten Umdeutung der Vergangenheit. Gerade hier kann man die Wechselwirkung von Politik und Wissenschaft gut beobachten, wurde der Streit doch von Wissenschaftlern und mit vermeintlich wissenschaftlichen Argumenten geführt, war jedoch eindeutig politisch konnotiert und wurde in den Feuilletons der großen Tages- und Wochenzeitungen geführt.

Ernst Nolte und Andreas Hillgruber sind die Protagonisten der konservativen Seite.⁷ Noltés Umdeutung der NS-Vergangenheit läuft auf eine Ableitung des deutschen Faschismus aus dem Bolschewismus hinaus. Die schrecklichsten Verbrechen der Nazis, die Vernichtung der europäischen Juden, werden bei ihm zu einer aus Angst hervorgehenden Reaktion auf die Verbrechen des Bolschewismus. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden bei Nolte zu einer Kopie des Originals, der bolschewistischen Verbrechen, die das »logische und faktische Prius« des Holocaust seien.

Bei Hillgruber sind es die Heroisierung des Rückzugskampfes der Wehrmacht im Osten und die Trauer um den Verlust der deutschen Großmachtstellung, die im Mittelpunkt stehen. Die Wehrmacht erscheint als letzter Damm gegen die Flut der Roten Armee und der national gesinnte Historiker Hillgruber fordert eine Identifikation mit diesem Abwehrkampf.

Diese Vorstöße finden im konservativen politischen Spektrum eine breite Anhänger-schaft und Hillgruber, mehr noch als Nolte, wird gegen Angriffe verteidigt. Interessanterweise richten sich alle diese Vorstöße auf denselben Gegner, die Sowjetunion, die damals, im NS, wie in der Gegenwart des Jahres 1986 der Feind ist. Die negative Herausgehobenheit der Vergangenheit wird durch die Einebnung der Verbrechen minimiert, eine

positive Identifikation wird angeboten. Es findet eine Transformation der Verantwortung für die Verbrechen vom nationalsozialistischen Deutschland auf die Sowjetunion statt. Geprägt ist diese Interpretation der Vergangenheit noch deutlich von der Blockkonfrontation. Alle Relativierungsversuche richten sich auf den aktuellen Gegner, die Sowjetunion. Und sie richten sich auf die Punkte, die für das beklagte Nichtvergehen der Vergangenheit verantwortlich gemacht werden, den Holocaust und den Vernichtungskrieg.

Eingebettet ist der Historikerstreit in eine geschichtspolitische Offensive der konservativ-liberalen Regierung, die mit dem Anspruch einer »geistig-moralischen Erneuerung« angetreten war und explizit wieder die Nation zur zentralen positiven Bezugsgröße machen wollte. Dieser positiven nationalen Identität standen die Verbrechen des deutschen Faschismus entgegen und insofern waren die Vorstöße von Nolte, Hillgruber und anderen ein Versuch, die Herausgehobenheit dieser negativen Vergangenheit zu relativieren. Nach allgemeiner Auffassung endete der Historikerstreit mit einer Niederlage der konservativen Seite. Gemessen am Anspruch positiver, von den Belastungen der NS-Vergangenheit befreiter nationaler Identität mußte diese Bewertung in den neunziger Jahren jedoch relativiert werden.

II. Die welthistorische Zäsur von 1989/90 und die unerwartete deutsch-deutsche Vereinigung brachten das seit Bestehen der Bundesrepublik immer wieder geforderte »Ende der Nachkriegszeit« und damit die Notwendigkeit einer Neubestimmung der Rolle des größeren Deutschlands. Mit dieser Neubestimmung rückte auch die NS-Vergangenheit und ihre Bedeutung für das vereinigte Deutschland in den Blick, wobei sehr deutlich wurde, daß diese Vergangenheit vor allem auf der konservativen Seite des politischen Spektrums nur noch als Belastung empfunden wurde, die es zugunsten einer neuen, selbstbewußten nationalen Interessenpolitik zu überwinden gelte. In der relativ offenen Situation zu Beginn der neunziger Jahre wurden hier Vorstellungen entwickelt, die auf eine möglichst weitgehende Eliminierung der NS-Erinnerung für die zukünftige Bestimmung deutscher Politik drängten. So formulierte der Historiker Arnulf Baring auf einer Tagung der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung im Jahr 1994 den Leitgedanken dieses neuen Selbstbewußtseins: »Wir sollten also mit mehr Selbstbewußtsein an die neue Situation herangehen und nicht glauben, daß uns diese zwölf Jahre auf Dauer wirklich lähmen dürfen.«⁸ Wie die neue Rolle Deutschlands auszusehen habe und welche Bedeutung der NS-Vergangenheit in dieser Situation noch zukomme machten Autoren wie Gregor Schöllgen, Hans-Peter Schwarz und Arnulf Baring in Veröffentlichungen aus der unmittelbaren Zeit nach der Vereinigung klar.⁹ Einig sind sich alle Autoren, daß die Vergangenheit keine hemmende Wirkung mehr auf die Gegenwart habe dürfe, weshalb es nun gelte, die positiven Traditionen deutscher Geschichte gegenüber der Fixierung auf den Faschismus stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Für Schwarz und Schöllgen ist es vor allem die Reichsgründung 1871, die nun eine positive Anknüpfung ermöglichen soll. Explizit negiert werden damit auch die letzten Reste der »Sonderwegsthese«, die in der Reichseinigung »von oben« den Beginn eines verhängnisvollen Weges sieht, der, nicht notwendig aber doch faktisch, zum Faschismus führte. Baring geht noch weiter, indem er die »Vergangenheitsbewältigung« dafür verantwortlich macht, daß man nun die Geschichte von vor 1945 (nicht vor 1933!) aus dem Abfallkorb holen müsse, da sie tendenziell wieder unserer heutigen Lage entspreche. Gemeint ist hiermit die von allen Autoren vorausgesetzte Hegemonialrolle Deutschlands in Europa, ins-

besondere Osteuropa, das, laut Baring, von Deutschland die Regelung seiner Angelegenheiten erwarte, weshalb Deutschland »für die Tschechoslowakei, für Ungarn, zum Teil auch für Polen die Führungsmacht sein« werde.¹⁰ Die Bedeutung der NS-Vergangenheit im Verständnis dieser Autoren wird mit der rhetorischen Frage Dirk Rumbergs, eines der Gesprächspartner Barings in dem Interview-Band, zum Ausdruck gebracht: »Wird der Hinweis auf Auschwitz uns auch zukünftig erpressbar machen?«¹¹ Die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit wird hier nur noch als Waffe des Auslands gegen die neue Rolle Deutschlands wahrgenommen.

In der politisch relativ offenen Zeit unmittelbar nach der Vereinigung, in der es um eine Neubestimmung der deutschen Rolle ging, machte auch eine junge Generation von rechtskonservativen Intellektuellen auf sich aufmerksam, die allgemein unter der Bezeichnung »Neue Rechte«¹² firmierte. Neben deutlichen politischen Interventionen ging es dieser Gruppe um die völlige Neubewertung der NS-Vergangenheit, verbunden mit dem eindeutigen Ziel, eine national grundierte politische Identität in Deutschland wieder hoffähig zu machen. In Bänden wie »Die selbstbewußte Nation« oder »Westbindung« wurde für eine nationalkonservative, vom Westen gelöste deutsche Großmachtrolle plädiert.¹³ Mit dem selbst formulierten Ziel, das erste Meinungslager im neuen Deutschland zu sein, schaffte es diese Gruppe immerhin, sich zeitweise einen Platz in den Spalten der FAZ zu erobern und war darüber hinaus sehr erfolgreich in der Platzierung ihrer geschichtspolitischen Vorstellungen. Dank der Tätigkeit Rainer Zitelmanns als Cheflektor beim Ullstein-Verlag gelang es, den Verlag zeitweise zum Flaggschiff neurechter Publikationen zu machen. Die Interpretationen des Nationalsozialismus, die hier und in anderen Arbeiten vorgelegt wurden, schlossen gezielt an die Positionen von Nolte, Hillgruber und deren Unterstützern im Historikerstreit an, reflektierten dabei aber eindeutig die politische Zäsur, die es 1989/90 gegeben hatte.

III. Waren Nolte, Hillgruber und andere im Historikerstreit vor allem um eine Neuinterpretation der Shoah und des Krieges im Osten bemüht, so ging es den konservativen Protagonisten jetzt stärker um eine generelle politische Neueinordnung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Die NS-Herrschaft wurde von Autoren wie Rainer Zitelmann und Karlheinz Weißmann als fundamentaler Bruch mit der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands gewertet und ihr wurde ein sozialrevolutionärer Effekt unterstellt. Anknüpfen konnte man hier an Interpretationen von Historikern wie Karl Dietrich Bracher oder Horst Möller, die die Machtübertragung an die Nazis 1933 als Revolution verstehen, mit der die gesamten bürgerlichen Eliten beseitigt worden seien.¹⁴ Zitelmann und seinen Mitstreitern ging es jedoch um mehr. Nicht nur der Bruch und die Absetzung des Nationalsozialismus vom konservativen Bürgertum war das Ziel ihrer Darstellungen, sondern die Verschiebung des NS-Systems in das Feld der politischen Linken. Hitler wurde vor allem von Zitelmann als Sozialrevolutionär porträtiert, dem es für Deutschland um eine Überwindung der Klassenschranken und eine allgemeine »Chancengleichheit« gegangen sei.¹⁵ Ganz in der von Nolte etablierten phänomenologischen Sichtweise interpretiert Zitelmann den deutschen Faschismus allein aus der Person Hitlers und dessen vermeintlichen politischen Ansprüchen. Trotz gleichem methodischen Zugriffs und der Verwendung identischen Materials (vor allem der Reden und Schriften Hitlers) kommen Nolte und Zitelmann zu völlig konträren Bewertungen. Ist der Faschismus für Nolte eine verständliche Reaktion des Bürgertums

auf die Bedrohung durch den Bolschewismus, so wird er bei Zitelmann zu einer Spielart der politischen Linken, gerichtet vor allem gegen das Bürgertum. Entscheidend für diese Differenz ist nicht das historische Material, sondern der politisch-historische Standpunkt der Autoren. Während Nolte noch ganz befangen von der Blockkonfrontation seine Position entwickelt und die Stellung des Bürgertums gegen den Bolschewismus historisch – und auch aktuell – rechtfertigt, geht es Zitelmann darum, Platz zu schaffen für ein neues nationalkonservatives Projekt. Die Befreiung des Konservatismus von der Tatsache, mit den Faschisten paktiert und sie an die Macht gebracht zu haben ist das geschichtspolitische Ziel der Verortung des Faschismus an der Macht auf der politischen Linken.

Ein weiterer Strang dieser Umdeutung der Vergangenheit findet sich in der Aufnahme der Modernisierungstheorie durch die genannten Autoren. Auch hier wird an ältere Debatten angeknüpft, so an die Arbeiten von David Schoenbaum und Ralf Dahrendorf.¹⁶ Gingen beide Autoren noch von einem weitgehend unbewußten aber objektiv feststellbaren Modernisierungseffekt der NS-Herrschaft aus, einer Modernisierung quasi gegen die Intention des Regimes, so behaupten Zitelmann und seine Mitstreiter eine bewußte und intentionale Modernisierung durch Hitler. Über die Verwendung des Modernisierungstopos in diesem Zusammenhang läßt sich trefflich streiten, für die geschichtspolitische Bewertung sind vor allem die damit vorgenommenen Uminterpretationen interessant.¹⁷ So wird der Nationalsozialismus hier in eine Tradition der europäischen Moderne gestellt, die ihren Ausgangspunkt 1789 genommen habe und erscheint als ein möglicher Weg der Moderne. Beseitigt werden so die Traditionen der Gegenrevolution, des völkischen Nationalismus und Konservatismus, die in den Faschismus Eingang fanden. Das Selbstverständnis der Nazis, sich in Opposition zu 1789 und der Aufklärung zu begreifen, wird in diesem Fall ignoriert. Ziel ist es auch hier, die eigenen konservativen Traditionslinien von der Verbindung zum Faschismus zu befreien.¹⁸

Neben dem methodischen Postulat der »phänomenologischen Sichtweise« und damit des Ausblendens aller sozialwissenschaftlichen und empirischen Erkenntnisse wurde die »Historisierung« des Nationalsozialismus zum wichtigsten Anliegen dieser Autoren. Auch hier wurde wieder ein vorhandener wissenschaftlicher Diskurs aufgenommen und spezifisch zugespitzt. Die Frage der historisierenden Einordnung des Nationalsozialismus in die deutsche und europäische Geschichte war in den achtziger Jahren, parallel zum Historikerstreit, schon von Martin Broszat und Saul Friedländer eindringlich diskutiert worden.¹⁹ In dem Band »Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus«²⁰ ging es den Autoren darum, die bisherige wissenschaftliche Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit unter den Generalverdacht der nur moralischen und damit »volkspädagogischen« Betrachtungsweise zu stellen. Einer jungen und unbefangenen Historikergeneration dagegen sei es vorbehalten, sich dem Gegenstand der Untersuchung frei und ohne Emotionen zu nähern, der so wie jeder andere Abschnitt der Geschichte behandelt werden könne. Der Historiker müsse dem NS-Regime unvoreingenommen begegnen und besonderes Gewicht wurde auf die Darstellung entlastender Argumente gelegt. Die vorgeführten Beispiele der Historisierung durch Autoren aus diesem Kreis ließ jedoch schnell errahnen, welchen Zweck man hiermit verfolgte. So läßt sich etwa in der Gesamtdarstellung von Karlheinz Weißmann²¹, die – als wohl größter geschichtspolitischer Erfolg – in der Propyläen-Reihe »Geschichte

Deutschlands« plaziert werden konnte, die geforderte Abwägung zwischen Distanz und Nähe zum Gegenstand gut verfolgen. Während von den Opfern deutscher Politik in sachlich nüchterner Sprache berichtet wird, gelten Einfühlung und Empathie ausschließlich der deutschen Bevölkerung und der Führung. Die Vernichtung der europäischen Juden wird den Tatsachen entsprechend korrekt dargestellt, jeder Versuch jedoch, das damit verbundene Grauen erahnbar zu machen, unterbleibt. Statt dessen wird von holländischen Juden berichtet, die in den Lagern »starben«, 430 000 ungarische Juden wurden »ums Leben gebracht« und »in Belzec starben (...) mindestens 600 000 Menschen.«²² Mord und Mörder fallen bei einer solchen Darstellung aus dem Bild, Kausalzusammenhänge zwischen antisemitischer Politik und Vernichtung kommen nicht zur Sprache. In der Tat wird hier eine kühle und distanzierte Betrachtung bevorzugt, wie sie laut Zitelmann u.a. für die Historisierung erforderlich sei. Weißmann jedoch wendet dieses Verfahren nur auf die Opfer deutscher Aggressionspolitik an. Einfühlende Nähe wird dagegen der deutschen Bevölkerung und auch dem Diktator zuteil. Bei den Auswirkungen der alliierten Bombenangriffe auf die Bevölkerung weiß er sehr einführend über den »Spannungszustand« und die »Hysterie« im Bunker zu berichten²³, und auch Hitlers Zustand angesichts der Einkesselung Berlins wird anschaulich geschildert: »Weinkrämpfe schüttelten seinen Körper, dann sackte er in sich zusammen.«²⁴ Empathie und Distanz scheinen bei Weißmann von der »Volkszugehörigkeit« abhängig zu sein. Historisiert im spezifischen Sinne werden die Opfer und Verbrechen des deutschen Faschismus, wohingegen den Tätern mit großer Emphase begegnet wird. Der Sinn dieser Art von Historisierung liegt klar auf der Hand. Einerseits sollen die deutschen Verbrechen bei der Darstellung dieser Zeit nicht mehr im Mittelpunkt stehen, andererseits geht es darum, die deutsche Bevölkerung vom Makel der Mitverantwortung zu befreien und sie selbst zu privilegierten Opfern zu machen. So heißt es resümierend bei Weißmann: »Aber niemals zuvor hat ein Volk so hart für die Untaten gebüßt, die es beging oder die in seinem Namen begangen wurden.«²⁵

Im Kreis konservativer Historiker fanden solche Darstellungen einigen Beifall und wurden mit positiven Besprechungen belohnt (etwa durch Klaus Hildebrand). Die Verleihung des Adenauer-Preises der »Deutschland-Stiftung« im Jahre 2000 an Ernst Nolte, den geistigen Ziehvater der jüngeren Generation, und die Laudatio auf Nolte durch Horst Möller erschienen wie eine Bestätigung dieser konservativen geschichtspolitischen Vorstöße. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, daß sich die hier verbreiteten Geschichtsbilder im allgemeinen Bewußtsein durchgesetzt hätten. Vor allem die öffentlichen Geschichtsdebatten der neunziger Jahre haben hier einen anderen Akzent gesetzt und die Bemühungen um eine historisierende Einebnung der nationalsozialistischen Geschichte konterkariert.

IV. Will man die vielfältigen geschichtspolitischen Debatten der neunziger Jahre wissenschaftlich fassen, dann lassen sie sich vielleicht auf den Begriff der »Täterforschung« bringen. In den Debatten um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung, das Raubgold oder die Zwangsarbeiterentschädigung ging es vor allem um die Beteiligung großer Teile der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Regimes. Der Kreis der realen oder potentiellen Täter ging jetzt weit über die enge Führung des Regimes und die bekannten Träger der Mordpolitik, SS und SD, hinaus. Mit der Wehrmacht und den »willigen Vollstreckern« rückte die »Normalbevölkerung« ins Blickfeld der Forschung.

Die Vehemenz der Debatten um Goldhagen und die Wehrmachtsausstellung hat ihren Grund nicht zuletzt in der Ausweitung dieses »Normalitätsfeldes«. Unter Verdacht geriet nun die gesamte damalige deutsche Bevölkerung (so bei Goldhagen) oder doch ein sehr großer und festumrissener Teil von ihr (so in der Ausstellung). Die generationell unterschiedlichen Reaktionen auf beide Debatten verdeutlichen einen Wandel in der Bedeutung der Vergangenheit. So war es einer jüngeren Generation möglich, den zumindest zweifelhaften Pauschalisierungen Goldhagens zuzustimmen, fühlte man sich doch von dieser deutschen Vergangenheit fundamental geschieden und der Autor Goldhagen bot der jüngeren Generation auch Entlastung an, indem er den »eliminatorischen Antisemitismus« 1945 auf wundersame Weise verschwinden ließ.

Die ungleich heftigere Debatte um die Wehrmachtsausstellung hing mit der Tatsache zusammen, daß die Gruppe der realen oder potentiellen Täter hier sehr viel klarer umrissen war. Mochte man in Abstrakto eine allgemeine Täterschaft der Deutschen nachvollziehen, so war das beim konkreten Vater oder Großvater etwas anderes. Die unversöhnliche Anklage der 68er wurde jetzt von eben dieser Generation in einen Willen zum gegenseitigen Verstehen verwandelt. Auch die Elterngeneration konnte nun als Opfer des Nationalsozialismus wahrgenommen werden.²⁶ Den oben angeführten konservativen geschichtspolitischen Vorstößen liefen die Debatten um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung, die Zwangsarbeiterentschädigung usw. natürlich entgegen. Gegen die Ausstellung wurde teilweise erfolgreich polemisiert, jedoch war die NS-Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein der neunziger Jahre präsenter als je zuvor.

Diese »Dauerpräsenz unserer Schande« ließ Martin Walser zum Sprecher all jener werden, die die öffentliche Thematisierung dieser Vergangenheit endlich beenden wollten.²⁷ Walser bot hierfür Argumente, indem er die Thematisierung der Vergangenheit als »Instrumentalisierung zu gegenwärtigen Zwecken« bezeichnete. Auch bei Walser erscheint sie somit als Waffe – wahlweise des Auslands, der Intellektuellen oder der Juden –, um den Deutschen den Anspruch auf »Normalität« zu bestreiten. Was in der Debatte Walsers mit seinem Widerpart, Ignatz Bubis, zum Ausdruck kam, war die negative Seite des sich hier ausdrückenden neuen Selbstbewußtseins einer »normalen Nation«: Der aggressive, antisemitische Stereotypen aufnehmende Angriff auf all jene, die die Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein wach halten wollen. Bubis' resignativer Rückzug lag vor allem darin begründet, daß er sich von den politischen und geistigen Eliten des Landes allein gelassen fühlte. Was sich hier ausdrückte war jedoch nicht die von konservativer Seite betriebene Entsorgung der NS-Vergangenheit, sondern ein Bedeutungswandel dieser Vergangenheit für die Gegenwart.

Realpolitisch bedeutete das eingangs skizzierte »Normalitätsbedürfnis« die Wiedererlangung voller außenpolitischer Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik. Diese war bis 1990 real und emotional durch die Erinnerung an die NS-Vergangenheit nicht gegeben. Die Rückkehr zu einer »normalen« auch militärisch abgestützten Außenpolitik ging über die Bedeutungsveränderung der NS-Vergangenheit für das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Am Beispiel des Einsatzes der Bundeswehr läßt sich dieser Bedeutungswandel gut nachvollziehen. Gab es zu Beginn der neunziger Jahre noch weitgehende, mit der Vergangenheit begründete Einschränkungen, so sind diese heute vollständig verschwunden. In einer Rede vor dem SPD-Parteitag nach dem 11. September macht Kanzler Schröder dies ganz deutlich: Die Tabuisierung des Einsatzes militärischer Mittel als Lehre aus der deutschen Vergangenheit gelte heute nicht mehr. »Geben wir es ruhig

zu. Mit dieser historisch verbrämten Interpretation dessen, was notwendig ist, ist die alte Bundesrepublik in der Außen- und Sicherheitspolitik auch ganz gut gefahren. (...) Wir konnten unsere Interessen sozusagen im Windschatten der Bündnispartner verfolgen, mit ihnen zusammen, aber ohne das gleiche Risiko. Nur, diese Interpretation dessen, was notwendig ist, auch was uns abverlangt wird von unseren Partnern, steht uns glücklicherweise nicht mehr zur Verfügung, und zwar glücklicherweise deshalb, weil wir ein einiges Volk und Land und ein souveräner Staat sind.«²⁸

Das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart hat sich insoweit entkoppelt, als die aus der Vergangenheit begründeten Beschränkungen Deutschlands verschwunden sind. Damit ist das wichtigste Ziel der konservativen Vordenker vom Anfang der neunziger Jahre erreicht: Die »zwölf Jahre« wirken nicht länger lähmend auf die deutsche Politik. Nicht erreicht wurde dagegen eine Einebnung der spezifischen deutschen Vergangenheit auf ein erträgliches »Normalmaß« europäischer Verbrechensgeschichte. Die Debatten der neunziger Jahre haben die Herausgehobenheit von Shoah und Vernichtungskrieg noch einmal bestätigt. Die Frage bleibt allerdings, welche Bedeutung diese Vergangenheit heute hat. Auch den Historiker Ulrich Herbert treibt diese Frage um: »Wir müssen uns damit befassen, welche Rolle die NS-Vergangenheit für die Deutschen zukünftig spielen wird. Eine Art negativer Staatsräson? Grundlage des zivilgesellschaftlichen Europas? Das glaube ich eher nicht, auch wenn es viele Bemühungen in diese Richtung gibt. Aber ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens – das wird sie bleiben, und wenn nicht alles täuscht, mit zunehmendem zeitlichen Abstand in noch wachsendem Maße.«²⁹

Man mag Herberts Optimismus hoffend zustimmen, wenngleich es Anzeichen dafür gibt, daß sich die NS-Vergangenheit tatsächlich von der deutschen Geschichte und Gegenwart ablöst. Der Historiker und Publizist Michael Jeismann sieht eine zunehmende Internationalisierung dieser Vergangenheit, die als negativer Maßstab genommen werde. Auf der Suche nach übernationalen Wertmustern und ethischen Grundlagen biete sich Holocaust und Faschismus als negative Abgrenzung an. War »Auschwitz« staatspolitisch bisher nicht zu gebrauchen, so ändert sich dies laut Jeismann gegenwärtig: »Die deutsche Politik hat heute eine Form der Erinnerung an den Holocaust gefunden, die sie im Konzert mit den Vereinigten Staaten und den Nachbarländern in Europa politisch zu nutzen sucht.«³⁰ Angesichts der sich ausweitenden militärischen Interventionspolitik sollte eine solche gewandelte Indienstnahme der nationalsozialistischen Vergangenheit mißtrauisch machen.

Dr. Gerd Wiegel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Anmerkungen

- * Der folgende Aufsatz ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse meiner gleichnamigen Dissertation, die im Jahre 2001 beim PapyRossa Verlag in Köln erschienen ist (Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001).
- 1 Moshe Zuckermann: Von Erinnerungsnot und Ideologie, in: Der Tagesspiegel, 28.11.1998.
- 2 Martin Walser: Die Banalität des Guten. Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, hier zitiert nach Frankfurter Rundschau, 12.10.1998.
- 3 Vgl. Aleida Assmann/Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 59 ff.
- 4 Beim Begriff der Geschichtspolitik orientiere ich mich an den Arbeiten von Edgar Wolfrum; vgl.: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.
- 5 Vgl. dazu: Wiegel, Zukunft, S. 27 ff.

- 6 Michael Stürmer: Frankfurter Allgemeine, 25. 4. 1986.
- 7 Ich beziehe mich auf: Noltes FAZ-Artikel, 6. 6. 1986: »Vergangenheit die nicht vergehen will«, Hillgrubers Buch: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986. Alle wichtigen Beiträge zum Historikerstreit: »Historikerstreit«: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.
- 8 Arnulf Baring/Rupert Scholz (Hg.): Eine neue deutsche Interessenlage? Koordinaten deutscher Politik jenseits von Nationalismus und Moralismus, Köln 1994 (Hans-Martin-Schleyer-Stiftung, Bd. 41), S. 15.
- 9 Gregor Schöllgen: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin/Frankfurt a.M. 1993; Arnulf Baring: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991 (Taschenbuchausgabe); Hans-Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.
- 10 Vgl. Baring, S. 83. Zu den Positionen und Implikationen aller genannten Autoren ausführlich: Wiegel, S. 158ff.
- 11 Baring, S. 146.
- 12 Vgl. Zur »Neuen Rechten«: Armin Pfahl-Traughber: »Konservative Revolution«, »Neue Rechte«. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998; zu geschichtspolitischen Vorstößen vgl.: Michael Schneider: »Volkspädagogik« von Rechts. Ernst Nolte: Die Bemühungen um die »Historisierung« des Nationalsozialismus und die »selbstbewußte Nation« (Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Heft 11) Bonn 1995.
- 13 Vgl. Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und andere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Berlin 1994; Rainer Zitelmann/Karlheinz Weißmann/ Michael Großheim (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt a.M./Berlin 1993.
- 14 Vgl. Karl Dietrich Bracher: Tradition und Revolution im Nationalsozialismus, in: ders.: Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1984; Horst Möller: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution?, in: VfZ, Jg. 31 (1983); Norbert Frei weist in seinen Darstellungen nach, dass die Behauptung des revolutionären Bruchs mit den bürgerlichen Eliten aus Beamtenschaft, Wirtschaft und Militär für die Phase der Machtübertragung und Machtausweitung des Regimes in keiner Weise zutrifft, vgl.: Norbert Frei: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 1987.
- 15 Vgl. hierzu: Rainer Zitelmann: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1989.
- 16 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965; David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs, München 1968; zur Modernisierungstheorie bezogen auf den Faschismus vgl. generell: Wiegel, S. 343 ff.
- 17 Die wissenschaftliche Unhaltbarkeit der Interpretationen von Zitelmann, Weißmann u.a. habe ich an anderer Stelle nachgewiesen; vgl: Wiegel, ebd.
- 18 Vgl. Klaus Hornung: Das totalitäre Zeitalter; Berlin/ Frankfurt a.M. 1993; Karlheinz Weißmann: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995; Rainer Zitelmann, Die totalitäre Seite der Moderne, in: Prinz/Zitelmann (Hg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, 1991.
- 19 Martin Broszat: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Hermann Graml/ Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, München 1986; ders./Saul Friedländer, Um die »Historisierung des Nationalsozialismus.« Ein Briefwechsel, in: VfZ, Jg. 36 (1988); Saul Friedländer: Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus, in: Freibeuter 36 (1988).
- 20 Uwe Backes/Eckhardt Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./Berlin 1992.
- 21 Karlheinz Weißmann: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995 (Geschichte Deutschlands Bd. 9). Die Vergabe dieses Bandes an den Autoren Weißmann führte zu einer heftigen öffentlichen Debatte, in deren Gefolge der Band schließlich wieder zurückgezogen wurde.
- 22 Alle Zitate ebd., S. 429 f.
- 23 Vgl. ebd., S. 418 f.
- 24 Ebd., S. 466.
- 25 Ebd., S. 470.
- 26 Vgl. Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München/Wien 1999.
- 27 Vgl. zur Walser-Bubis Debatte: Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.): Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001.
- 28 Zitiert nach: www.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1002034/index.html
- 29 Ulrich Herbert: »Ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens.« Der Umgang mit der NS-Vergangenheit und die Entschädigung von Zwangsarbeitern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2000, S. 565.
- 30 Michael Jeismann: Auf Wiedersehen gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart/München 2001, S. 119.